

Schuldenbremse killt Abendschulen

In Hessen wird massiv bei Weiterbildungsangeboten für Erwachsene gekürzt. GEW kritisiert Wortbruch

Von Ralf Wurzbacher

Hessens Landesregierung verbaut Hunderten seiner Bürger den zweiten Bildungsweg. Nach einem zum Jahresanfang greifenden Kürzungserlaß von Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) besteht neuerdings nur noch ein begrenzter Zugang an die Schulen für Erwachsene. Zugleich soll die Zahl der Lehrstellen an den betroffenen Einrichtungen um ein Viertel reduziert werden. Widerspruch gegen das Spardiktat kommt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie betroffenen Pädagogen aus Wiesbaden. Nach Darstellung des Ministeriums wird dagegen lediglich eine »bisher bestehende stellenmäßige Überversorgung behutsam abgebaut«.

Die Maßnahmen sind Teil eines für den Bildungsbereich kurzfristig durchgesetzten »Sparpakets« im Umfang von rund 50 Millionen Euro. In einer Stellungnahme beklagt die Personalversammlung des Wiesbadener Abendgymnasiums eine »verfehlte Sparpolitik«. Bei derzeit 26 tätigen Lehrkräften sollten zum im Februar beginnenden Semester vier volle Stellen wegfallen. Nicht mehr 270 Schüler, sondern weniger als 200 könnten unter den neuen Bedingungen demnächst noch unterrichtet werden. Bisher war es so, daß Abendgymnasien jeden qualifizierten Bewerber aufnehmen konnten, der in der Lage und bereit war, nach Feierabend bis 22 Uhr für die Dauer von dreieinhalb Jahren die Schulbank zu drücken, um sich beruflich voran zu bringen.

Mit der kurz vor Weihnachten von Henzler erlassenen Verordnung soll das jetzt ein Ende haben. Weil der Beschluß die Schulen ziemlich unvorbereitet traf, müssen bereits gegebene Zusagen wohl in beträchtlicher Menge wieder zurückgenommen werden. Das Abendgymnasium Wiesbaden rechnet mit »weit über 100 Neuanmeldungen«, während die Zahl der Bewilligungen bei etwa 60 gedeckelt werde, heißt es in besagter Erklärung. Jeder abgelehnte Bewerber bedeute aber, »daß einem jungen Menschen der Weg zu einem qualifizierten Beruf und damit in eine bessere Zukunft verbaut wird«. Auf Geheiß des Ministeriums müsse man ferner die Zahl der Lehrerstunden für sämtliche Kurse von bislang 389 auf 306 zurückfahren, zum Semesterstart dürfe man außerdem nur noch drei Einstiegskurse anbieten. Die vom Land eingesparten Kosten bei den Lehrergehältern müsse es später in Form von Arbeitslosengeld oder Hartz-IV-Leistungen bezahlen, gibt die Belegschaft zu bedenken.

Der Landesvorsitzende der hessischen GEW, Jochen Nagel, sieht in den Vorgängen den »nächsten Wortbruch« der CDU-FDP-Koalition. Die habe sich stets damit gebrüstet, bei der Umsetzung der Schuldenbremse den Hebel nicht bei der Bildung anzusetzen, wie er am Mittwoch gegenüber *junge Welt* anmerkte. Andererseits sei das Vorgehen die »konsequente Fortführung einer Politik, die die soziale Selektivität im Bildungswesen weiter verschärft«. Tatsächlich wird das Angebot, in Abendschulen oder als Vollzeitstudierender an einem sogenannten Hessenkolleg Schulabschlüsse bis hin zum Abitur nachzuholen, vor allem von finanziell benachteiligten und Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen. »Diese Kompensation wird jetzt weiter eingeschränkt«, kritisierte Nagel.